

Wirtschaftspolitische Chronik

Autor(en): **Oeconomicus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 7

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162329>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stabilisierungsbemühungen in Frankreich

Die französische Regierung hat die Nachabwertungsperiode noch nicht bewältigt; soziale Unrast und wirtschaftliche Unsicherheit beherrschen momentan das Bild in Frankreich, obwohl die Wirtschaftslage des Landes noch erstaunlich positiv beurteilt werden kann. Das französische Sanierungsprogramm, das von der Regierung zu Beginn des Monats September bekanntgegeben worden war, verfolgt zwei Hauptzwecke, nämlich einmal die Franzosen aus der nebelhaften Sphäre der Selbsttäuschung herauszuführen, in die sie während der Ära de Gaulle geraten waren. Chaban-Delmas sprach von einer «neuen Gesellschaft», die gebildet werden müsse und Giscard d'Estaing forderte direkter und unmittelbarer die «industrielle Grossmacht Frankreich», das heisst eine wesentliche Stärkung und teilweise Erneuerung der industriellen Fundamente.

Dagegen beinhaltet aber der «Plan de Redressement» einige ganz konkrete wirtschaftliche Massnahmen, die auf eine *Stabilisierung* der Wirtschaftslage angelegt sind. Das wirtschaftspolitische Credo der Regierung könnte unter den Titel «umfassende Gleichgewichtspolitik» gestellt werden, wobei als Angelpunkt der über weitere Sparmassnahmen herbeizuführende Ausgleich des öffentlichen Haushaltes zu betrachten ist. Die Gleichgewichtspolitik hält die Regierung im Blick auf die Erhaltung der Abwertungsvorteile sicherlich zu Recht als unbedingt notwendig; und der Gleichgewichtsfahrplan ist denn auch höchst eindrücklich: Gleichgewicht im Staatshaushalt bis zum 1. Januar 1970; inländisches wirtschaftliches Gleichgewicht bis zum 1. April 1970; und aussenhandelspolitisches Gleichgewicht bis zum 1. Juli 1970. Die Regierung hat sich also auf einen *zeitlichen Dreistufenplan* festgelegt. Den ausgeglichenen Staatshaushalt will die Regierung durch steuerliche Massnahmen sowie

durch eine Drosselung der Ausgaben erreichen. Im Sektor der Preise versucht die Regierung, mit einer Verstärkung der Preisüberwachung die vorhandenen inflationären Tendenzen unter Kontrolle zu bringen. Sodann sind verschiedene Massnahmen zur Förderung der privaten Sparfähigkeit in Aussicht genommen. Wenn das globale Gleichgewicht erreicht sein wird, stellt die Regierung eine *Lockerung* der straffen Bremsungspolitik in Aussicht: Sie will auf eine Senkung der überhöhten Zinssätze wirken, die Kreditrestriktionen sowie die Devisenkontrollen abbauen.

Die von der französischen Regierung nunmehr eingeleitete Politik ist zweifellos als realistisch zu bezeichnen; ihre deflationäre Konzeption ist evident. Deshalb ist sie in der Bevölkerung auch nicht mit Begeisterung aufgenommen worden. Wie in allen anderen Ländern, so sind auch in Frankreich Dämpfungsübungen wenig populär. Obwohl einige Anzeichen – aber vorläufig nicht mehr als Anzeichen – auf eine beginnende Rückkehr des Vertrauens in die Währung deuten, ist die soziale Unrast, von der Frankreich noch immer befallen ist, bei weitem nicht überwunden. Viel wird davon abhängen, ob es der Regierung in der unmittelbaren Zukunft gelingt, die Lohnfront einigermaßen stabil zu halten. Zu starke Lohnerhöhungen könnten das Stabilitätsprogramm der Regierung gefährden.

Anhaltender Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik

Auch in der Bundesrepublik ist der Arbeitsfriede gestört. Zwar sind die wilden Streiks relativ rasch überwunden worden. Aber das unguete Gefühl, dass nun auch in der Bundesrepublik die ersten Symptome der «englischen Krankheit» aufgetreten sind, ist geblieben. Und die Wiederherstellung der Ruhe konnte nur um den Preis recht substantieller Lohnerhöhungen er-

kauft werden, um einen Preis also, den die Regierung in Würdigung der angespannten Konjunkturlage vor den Wahlen zu vermeiden hoffte.

Und dieser «Aufruhr» platzte in eine konjunkturelle Entwicklung, die sich mehr und mehr überhitzt. Die Bundesbank hat zwar mit der Erhöhung des Diskontsatzes von 5 auf 6% die Kreditschraube nochmals angezogen. Trotzdem muss die Bundesbank in ihrem letzten Bericht feststellen, dass sich die konjunkturellen Anspannungen verschärft haben. Die wachsende Überforderung der Wirtschaft findet einen immer deutlicheren Niederschlag in den Preisbewegungen. Die konzidierten Lohn-erhöhungen liegen, das steht bereits heute fest, beträchtlich über dem Produktivitätsfortschritt. Sie müssen einen zusätzlichen inflationären Impuls auslösen.

Besserungstendenzen in Grossbritannien

Demgegenüber treffen nun endlich positivere Wirtschaftsnachrichten aus Grossbritannien ein. Nachdem die Labourregierung über Jahre hinweg mit einer allerdings nicht immer konsequenten Wirtschaftspolitik eine gleichgewichtige Zahlungsbilanz anstrebte, was für die Stärkung des notorisch schwachen Pfundes unerlässlich ist, hat das zweite Quartal 1969 nun offenbar die erhoffte *Wendung* zum Besseren gebracht. Allerdings müssen die kommenden Monate erst noch zeigen, ob dieser Trend konsolidiert werden kann, ob er längerfristiger Natur sein wird.

Immerhin ist die Verbesserung der aussenwirtschaftlichen Bilanz Grossbritanniens bemerkenswert. Das Handelsbilanzdefizit hat sich im zweiten Quartal 1969 auf 273 (erstes Quartal: 404) Mio. Pfund reduziert; Grossbritannien ist ein strukturelles Importüberschussland. Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz («Invisibles») hat sich mit 200 (212) Mio. Pfund dagegen nur wenig verändert, so dass das Ertragsbilanzdefizit auf 73 (192) Mio. Pfund zusammengeschrumpft ist. Wenn die monetären Bewegungen ins Bild gesetzt werden,

ergibt sich ein Zahlungsbilanzdefizit von noch 53 (354) Mio. Pfund, das sich, saisonal korrigiert, für das erste Semester 1969 in einen *Überschuss* von 48 Mio. Pfund verwandelt. Grossbritannien hat damit also sein langersehtes Ziel, nämlich eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, erreicht. Wird dieses günstige Ergebnis von Dauer sein?

Parallel dazu hat sich im zweiten Quartal auch die *Nettoverschuldung* Grossbritanniens reduziert. Nachdem die Sterling Balances, die den Stand der britischen Auslandverschuldung widerspiegeln, Ende 1968 mit 6042 Mio. Pfund ein neues Rekordniveau ausgewiesen hatten, konnte im ersten Semester ein Schuldenrückgang von 308 Mio. Pfund registriert werden. Die Bank von England erklärt in diesem Zusammenhang in ihrem Monatsbulletin (September), dass Grossbritannien im zweiten Quartal 82 Mio. Pfund an den Internationalen Währungsfonds (IMF) im Rahmen der Ziehung vom Mai 1965, 4 Mio. Pfund an die Schweiz unter den gleichzeitig vereinbarten Darlehen sowie 17 Mio. Pfund an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel zurückbezahlt hat. Andererseits hat das britische Schatzamt im Rahmen des neuen Beistandskredites des IMF von einer Mia. Dollar im Juni eine erste Ziehung von 208 Mio. Pfund vorgenommen. – Auch Englands monetäre Bilanz hat also insgesamt einen günstigen Trend eingeschlagen. Jedoch muss das Land, daran ist zu erinnern, einen jährlichen Zahlungsbilanzüberschuss von 500 Mio. Pfund ausweisen, wenn es das von der Regierung Wilson offiziell visierte Ziel erreichen will.

Anhaltende Spannungen in den USA

Den USA ist es bisher nicht gelungen, den gleichgewichtsgefährdenden Aufschwung unter Kontrolle zu bringen. Obwohl gewisse Normalisierungstendenzen erkennbar sind, hält die *inflationäre Entwicklung* doch unvermindert an. Auch der Geldmarkt ist noch immer angespannt. Zu den Preiserhöhungen gesellen sich unvermindert ho-

he Zinssätze, die aber noch keine ausreichende Dämpfungswirkung erzeugten.

Erwähnenswert ist sodann, dass sich auch die *aussenwirtschaftliche Lage* der Vereinigten Staaten im zweiten Quartal 1969 in geradezu beängstigender Weise verschlechtert hat. Das Handelsdepartement hat allerdings darauf hingewiesen, dass eine sachliche Beurteilung der grundlegenden Zahlungsströme nur begrenzt möglich sei, weil diese Entwicklung durch zu mannigfache Sonderfaktoren beeinflusst gewesen sei. Kein gutes Zeichen ist sodann weiter die Tatsache, dass der Zerfall des traditionellen Handelsbilanzüberschusses offenbar auch im zweiten Quartal 1969 weitere Fortschritte gemacht hat; es musste für diesen Zeitraum ein weiteres Passivum ausgewiesen werden.

Diskontsatzerhöhung in der Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank hat den Diskontsatz mit Wirkung ab 15. September von 3% auf 3¾% heraufgesetzt; gleichzeitig wurde der offizielle Lombardsatz von 3¾% auf 4¾% erhöht. Die letzte Veränderung des schweizerischen Diskontsatzes erfolgte am 10. Juli 1967 (Senkung von 3½% auf 3%). Damit hat die Notenbank einen bescheidenen Schritt in Richtung auf eine *Anpassung* des Diskontsatzes an das auch in unserem Lande längst gestiegene Zinsniveau vorgenommen. Es handelt

sich dabei also primär um eine *konstatierende Massnahme*. In ihrer offiziellen Erklärung weist die Notenbank jedoch darauf hin, dass die Erhöhung des Diskontsatzes auch im Blick darauf erfolgte, der unangemessenen Ausweitung des Notenbankkredites entgegenzutreten, wobei sie gleichzeitig eine strengere Prüfung des Verwendungszweckes von Notenbankkrediten in Aussicht stellt. Hinter dieser Massnahme versteckt sich insofern auch die Absicht, einer gefährlichen Überhitzung unserer Wirtschaft entgegenzutreten.

Diesem Zwecke diene ja auch die am 1. September in Kraft getretene *freiwillige Vereinbarung* zwischen der Notenbank und den Schweizerbanken über Mindestguthaben und die Kreditausweitung. Im Rahmen dieses Abkommens ist die Zuwachsrate der Inlandkredite auf 9% bis 11,5% zu beschränken – auf einen Satz also, der in Würdigung der immer stärkeren Erwärmung unserer Wirtschaft und des relativ schmalen realen Wachstumspfadens noch immer als sehr hoch bezeichnet werden muss.

Endlich wäre auch darauf hinzuweisen, dass der Bundesrat am 16. September seine Botschaft zur Änderung der geltenden Finanzordnung des Bundes veröffentlichte. Sie soll durch eine Änderung der Wehr- und Warenumsatzsteuer dem Bund Mehreinnahmen von zwischen 8 bis 8,5% bringen.

Oeconomicus